

Studie der Weltbank:

Firmen in Deutschland zahlen überdurchschnittlich viele Steuern und Abgaben

Kleinere und mittlere Unternehmen in Deutschland zahlen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel Steuern und Abgaben. Das ist das Ergebnis einer Studie der Weltbank und der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft PwC. In dem Vergleich von Steuersystemen in 183 Staaten erreichte Deutschland nur den 86. Platz. Andere EU-Staaten schneiden weitaus besser ab, Frankreich beispielsweise liegt auf Platz 55 und die Niederlande auf Platz 35.

Deutschland schneidet in der aufwendigen Untersuchung schlechter ab als diese Nachbarländer, weil Unternehmen hierzulande vergleichsweise viel Zeit aufwenden müssen, um Steuer- und Abgaben zu regeln. Außerdem belastet der deutsche Staat Unternehmen relativ stark. Hierzulande müssen die Firmen 46,7 Prozent der Unternehmensgewinne in Form von Steuern und Abgaben an den Staat überweisen. Im Durchschnitt der EU-Länder liegt der Wert bei 43,4 Prozent, weltweit führen Unternehmen im Schnitt 44,8 Prozent ab. Diese Sätze haben die Autoren der Untersuchung für fiktive Modellunternehmen in den jeweiligen Ländern berechnet, deren Eigenschaften für alle Länder gleich definiert sind.

Die Forscher betrachten für ihren Vergleich nicht nur die direkten Steuern auf die Unternehmensgewinne sondern auch alle anderen Steuern und Abgaben, die der Staat von den Firmen verlangt. Hierzulande fallen dabei besonders die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung ins Gewicht. Dieser Arbeitgeberanteil zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung summiert sich hierzulande auf 22 Prozent der Unternehmensgewinne. Allerdings ist der Anteil nicht nur in Deutschland hoch: „In Europa dominieren die Abgaben für

Arbeitskräfte die Steuer- und Abgabenlast der Firmen“, sagt Andrew Packham, Steuerexperte von PwC. Die eigentlichen Steuern auf die Unternehmensgewinne, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer, seien hingegen mit 19 Prozent im internationalen Vergleich moderat.

Neben den Abgaben für die Arbeitnehmer und den direkten Kosten auf die Betriebsgewinne berücksichtigen die Autoren der Studie auch andere Abgaben wie etwa die Grundsteuer für das Fabrikgebäude, Benzin- und Kfz-Steuern und die LKW-Maut für firmeneigene Lastwagen. Für diese Abgaben zahlt das Musterunternehmen hierzulande rund sechs Prozent seines Gewinns.

Hierzulande treiben die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung nicht nur die Gesamtbelastung, sondern erhöhen auch den Arbeitsaufwand. Weil Unternehmen die Beiträge zu vier verschiedenen Zweigen

der Sozialversicherung abführen müssen, brauchen die Sachbearbeiter im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel Zeit für Steuer- und Sozialversicherungsdinge. Rund 221 Stunden muss die in dem Modell-Unternehmen dafür jedes Jahr reservieren. Rund 70 Prozent dieser Zeit nutzen die Sachbearbeiter für die Meldungen zur Sozialversicherung.

Dass es hier Änderungen geben könnte, hält Joachim Lang, Professor für Steuerrecht an der Universität Köln allerdings für illusorisch. Denn dafür müsste das deutsche Sozialsystem umgebaut werden. „Der Aufwand für Arbeitnehmer in den Unternehmen lässt sich nicht reduzieren. Das würde ich nicht antasten.“ Und angesichts der Staatsschuldenkrise sei an Steuersenkungen nicht zu denken. Lang fordert allerdings eine Vereinfachung der Gewerbesteuer; das könnte die Unternehmen ein wenig entlasten. <<<